Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 40	S0047/08	19.02.2008

zum/zur

A0178/07 der Fraktion Die Linke

Bezeichnung

Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	04.03.2008
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	20.03.2008
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	08.04.2008
Stadtrat	10.04.2008

Ungeachtet der noch im Entwurf vorliegenden Planungshinweise für die neue Mittelfristige Schulentwicklungsplanung (MitSEPI) 2009/10 – 2013/14 wird nach den Vorstellungen des Landes den Schulträgern von Mehrfachstandorten zukünftig die Möglichkeit der Ausnahme in Form der Unterschreitung von Mindestschülerzahlen eingeräumt. Gerade in der vielfach als kritisch eingeschätzten Situation der Sekundarschulen ist die Unterschreitung eine mögliche Form und zugleich Chance des Erhalts von Sekundarschulen. Mit dieser Variante wird, nach Einschätzung der Verwaltung, das bisher als sogenanntes „Floating-Modell“ angeregte, diskutierte und favorisierte Verfahren aufgegriffen.

Gemäß Vorabinformation des Kultusministeriums soll hiernach bei Mehrfachstandorten mit mehr als 4 Sekundarschulen eine Unterschreitung bei zwei Schulen um bis zu 60 Schülern möglich sein. Ausgehend von der geforderten Zweizügigkeit mit einer Mindestschülerzahl von 240 ist somit an zwei Schulen eine Unterschreitung bis auf maximal 180 Schüler denkbar.

Damit entsteht für den Schulträger ein größerer Handlungsspielraum.

Eine schülerbezogene Zuweisung von Lehrerwochenstunden (LWS) wird derzeit z.B. in Thüringen praktiziert. Die Verantwortung für die Verteilung der einzelnen LWS obliegt hier der Schule selbst, aber die Gesamtzuständigkeit hat nach wie vor das Land, das die zur Verfügung stehenden Lehrerstellen zuweist und ein Berechnungsmodell für die LWS vorgibt (Sockel-Faktoren-Modell).

In Sachsen-Anhalt erfolgt bisher entsprechend der geltenden Rechtsvorschriften eine klare Trennung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten zwischen der Schulträgerschaft (Vorhalten des Schulangebotes und der Schulanlagen) und der schulfachlichen Aufsicht durch die Schulbehörden.

Das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt regelt die Aufgaben des Schulträgers (§ 64) und der Schulaufsicht/Schulbehörden (§ 82 und 83).

Danach umfasst die Schulaufsicht durch die Schulbehörden (Landesverwaltungsamt und Kultusministerium) u.a. nach Punkt 1. „... die personelle Untersetzung des Schulwesens“, bzw. nach Punkt 4. „... die Dienstaufsicht über die im Dienst des Landes stehenden Schulleiterinnen, Schulleiter und Lehrkräfte einschließlich der pädagogischen Mitarbeiter und des Betreuungspersonals“.

Die Zuweisung von Lehrerwochenstunden und damit die Ermittlung des Grundbedarfs, die Ermittlung des pauschalierten Zusatzbedarfs und weitere für die Berechnung zu berücksichtigenden Aspekte (schulische Angebote), z.B. einer Grundschule, sind in der „Unterrichtsorganisation an den Grundschulen“ in Form von „Rechenmodellen“ aufgestellt.

Die Prüfung und Genehmigung für jede einzelne Schule erfolgt im zuständigen Referat des Landesverwaltungsamtes (Referat 508 Unterrichtsversorgung, Datenerhebung und Schulentwicklungsplanung) im Zusammenwirken mit dem Kultusministerium sowie den für die einzelnen Schulformen verantwortlichen Referaten des Landesverwaltungsamtes. Diese Aufgabe kann, entsprechend der bisher vorhandenen Strukturierung, nur in Verantwortung des Landesverwaltungsamtes gelöst werden. Der Einsatz von Lehrkräften ist nicht nur auf den Einsatz an den Schulen eines Schulträgers, sondern u.U. auch landesweit, also über die Grenzen des eigenen Wirkungskreises des Schulträgers hinaus zu betrachten.

Perspektivisch, im Sinne der Stärkung der Autonomie von Schulen, ist eine Verlagerung des Rechts auf Personalauswahl durch die Schulen vorstellbar, wird bisher aber nur an den Schulen in freier Trägerschaft praktiziert. Der Staatssekretär Willems hat in einem Zeitungsartikel vom Juni 2006 den Willen der Schulen auf Selbständigkeit unterstützt, diesen aber in Bezug auf die Stabilisierung des Systems gebracht.

Die Stadtverwaltung ist über die Landesgeschäftsstelle des Städte- u. Gemeindebundes LSA seit 2005 in der Diskussion und Meinungsbildung zur Kommunalisierung des schulpsychologischen Dienstes und seit 2007 zur Funktionalreform (hier: Übertragung schulfachlicher Aufgaben) beteiligt. Im Blickpunkt der angedachten „kommunalen Schulaufsicht“ stehen die schulfachlichen Referenten/Schulräte des Landesverwaltungsamtes.

Beispiel: Grundschulen (GS)

Im laufenden Schuljahr 2007/08 werden die schulaufsichtlichen Aufgaben über die landesweit 555 GS und 4.770 Lehrkräfte (LK) von 17 schulfachlichen Referenten wahrgenommen, davon 37 GS mit 385 LK von rd. 1,5 Referenten für die Landeshauptstadt Magdeburg.

Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass sich die Zuständigkeitsbereiche der Schulräte nur teilweise mit den ab 1.07.2007 geltenden Grenzen der Landkreise und kreisfreien Städte decken.

Eine Übernahme der Verantwortung für den Einsatz der Lehrkräfte an den Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Stadtverwaltung (Angliederung im FB Schule und Sport) ist aus gegenwärtiger Sicht mit dem vorhandenen Personalbestand sowie zeitlich in keiner Weise leistbar. erinnert sei an die 2008 u.a. zu bewältigende Erarbeitung der komplexen und umfassenden neuen MitSEPL, die weitere fachliche Vorbereitung und Begleitung der Schulsanierungen im PPP- Modell (Pakete 3 und 4) im Zusammenwirken mit dem EB KGm sowie die damit im Zusammenhang stehende Verknüpfung von Standortentscheidungen. Dies gilt ebenso für die Umsetzung der EU-Schulbauförderung (EFRE) 2008-2013.

Auch bei Einstufung zum Modellversuch ist dieser umfassend vorzubereiten und mit den bisherigen Verantwortungsträgern - unter Beachtung der vorgenannten Aspekte - zu klären, wie ein solches Vorhaben auch in Form einer Kooperation zu lösen ist.

Die Verwaltung geht davon aus, dass mit der oben beschriebenen Möglichkeit der Ausnahme zur Unterschreitung der Mindestschülerzahl ein erster wesentlicher Schritt zum Erhalt der als kritisch einzuschätzenden Sekundarschulen getan wurde, der letztendlich auch durch das Land genehmigt wird.

Somit wäre die Variante „Lehrerstundenzuweisung durch die Stadt“ nicht erforderlich.

Dr. Koch